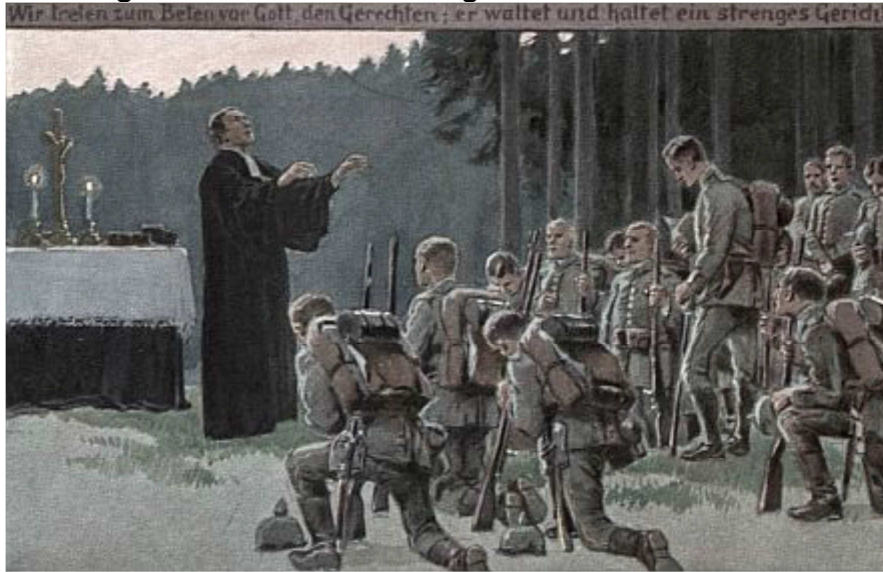


# Schneider beklagt Versagen der Kirche 1914

## Warnung vor neuem Kaltem Krieg



Bildpostkarte aus dem Ersten Weltkrieg mit einem Feldgottesdienst.  
epd-bild / akq-images

**Berlin/Düsseldorf** (epd). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, beklagt das Versagen der Kirchen beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Nur wenige Protestanten hätten sich dagegen gewehrt, »dass der christliche Glaube als Verstärker von nationalen Interessen benutzt wurde«, sagte der frühere rheinische Präses dem Evangelischen Pressedienst (epd). Zugleich äußerte er die Befürchtung, dass sich auch heute ein regionaler bewaffneter Konflikt wie der in der Ukraine ausweiten könne.

Er habe Sorge vor einem neuen Kalten Krieg und dem Hineinrutschen in eine Blockkonfrontation. »Wir hoffen alle sehr, dass die europäischen und weltweiten politischen und diplomatischen Maßnahmen verhindern, dass die Konflikte um die Krim und die Ukraine zu einem heißen Krieg führen«, sagte der rheinische Theologe. Das Friedensprojekt Europa habe noch lange nicht ausgedient.

Die europäischen Kirchen wollten sich zum 100. Jahrestag gemeinsam ihrem konkreten geschichtlichen Versagen im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg stellen, kündigte Schneider an. Dies sei in Gunsbach im Elsass nahe einem der Schlachtfelder des Krieges geplant.

Zudem gebe es in den Landeskirchen eine Vielzahl von Gedenkgottesdiensten. Die EKD werde eine Erklärung abgeben, in der sie an das Versagen erinnert.

Zugleich wolle sie verdeutlichen, dass sie aus theologischen Irrwegen sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg gelernt habe. Es habe Millionen Tote gebraucht, um zu begreifen, dass die Legitimation von Kriegen um Gottes willen so nicht weitergehen dürfe, räumte der höchste Repräsentant der rund 24 Millionen Protestanten in Deutschland ein.

Der EKD-Ratschef sagte, aus Sicht der biblischen Friedensbotschaft müsse auch ein großer Teil der damaligen Theologen infrage gestellt werden, die sich in den Dienst der Kriegspropaganda gestellt hatten. Er erinnerte daran, dass bei Kriegsbeginn von den Massen vor dem Berliner Schloss das Kirchenlied »Nun danket alle Gott« gesungen worden sei. Wenn dies heute so geschehe, würde er das als Gotteslästerung bezeichnen, erklärte Schneider.

Dies unterstelle er allerdings den Menschen damals nicht.

Auch Gottesbilder und ethisches Verhalten müssten im geschichtlichen Zusammenhang gesehen werden.

»Jesus Christus war weit weg von der Legitimation nationaler Kriegsinteressen in seinem oder in Gottes Namen«, sagte Schneider. Er sei aber überzeugt, »dass Jesus Christus auch damals ganz nahe bei den leidenden Menschen auf den Schlachtfeldern war«. Es habe lange gedauert, »sich von einer Theologie zu befreien, die Gott und Gottvertrauen in den Dienst der je eigenen Nation stellt«.

Schneider räumte ein, dass das Friedensprojekt Europa in einer kritischen Situation sei. »Ich plädiere für mehr Europa«, sagte der rheinische Altpräses. Es gehe darum, »trotz der erstarkenden Nationalisten und Populisten in vielen Ländern der EU zu einer stärkeren politischen und wirtschaftlichen Gemeinsamkeit zu kommen«. Frieden heiße heute auch soziale Sicherheit und Wohlfahrt: »Europa muss sich für viele Menschen als eine alltäglich erfahrbare Wohltat auswirken.«

Zum Frieden heute gehört nach Schneiders Auffassung auch die Lösung ökonomischer Probleme, damit das demokratische System tragfähig bleibe. »Freihandel und europäische Sozialunion dürfen daher nicht gegeneinander ausgespielt werden«, sagte der EKD-Ratsvorsitzende.

Die Gemeinschaft Europäischer Kirchen (GEKE) hat dazu aufgerufen, des 100. Jahrestags des Kriegsbeginns 1914 am 1. August mittags zum zwölf Uhr mit einer Schweigeminute zu gedenken. Die GEKE plant zudem einen Gottesdienst in Gunsbach im Elsass, an dem die europäischen Kirchen ihr Versagen im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg bekennen wollen. Auch in Deutschland sind an zahlreichen Orten Gedenkgottesdienste geplant. Schneider wird zu diesem Thema auch beim EKD-Jahresempfang am Mittwoch in Berlin sprechen. *Thomas Schiller (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 27\_2014 Seite \_4

## Bosse-Huber: Einen gerechten Krieg gibt es nicht



**Bosse-Huber.**

*epd-bild / Stefan Arend*

**Genf/Düsseldorf** (epd). Die Auslandsbischofin der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Petra Bosse-Huber, hält Krieg immer nur für die allerletzte Möglichkeit. »In der Auseinandersetzung in den Kirchen haben wir gelernt, dass es einen gerechten Krieg nicht gibt, der Krieg kann nur die allerletzte Möglichkeit sein, einen Genozid zu verhindern«, sagte die rheinische Theologin dem Evangelischen Pressedienst (epd). »Einen Krieg, der den Bedingungen der Gerechtigkeit genügt, gibt es nicht.« Bundespräsident Joachim Gauck hatte kürzlich mit seinem Plädoyer, Militäreinsätze nicht von vornherein zu verwerfen, heftige Kritik ausgelöst. In einem offenen Brief warfen mehrere ostdeutsche Pfarrer Gauck vor, er verrate die Ideale der kirchlichen Friedensbewegung in der DDR. Sie zitieren dabei das Abschlussdokument der Ökumenischen Versammlung der DDR-Kirchen von 1989, das den Verzicht auf militärische Gewalt als einen notwendigen Schritt zur Schaffung einer europäischen und weltweiten Friedensordnung benennt. Gauck war in der DDR selbst Pastor.

Bosse-Huber erinnerte an die Verpflichtung der Christen weltweit zum gemeinsamen Friedenszeugnis. »Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit«, sagte die frühere Vizepräsidentin der Evangelischen Kirche im Rheinland. Die Kirchen müssten sich bemühen, Friedensbotschafter zu sein. Sie dürften nicht müde werden, ein Ende der Kampfhandlungen und der Verfolgung von ethnischen Gruppen einzufordern. Der Weltkirchenrat, der 1948 in Amsterdam gegründet wurde und dem heute 345 Mitgliedskirchen weltweit angehören, sei ein »Lautsprecher« für die Stimme des Friedens.

Bosse-Huber gehört dem Zentralausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen an, der vom kommenden Mittwoch an in Genf tagt. Bei dem Treffen diskutieren die rund 300 Teilnehmer unter anderem Fragen der wirtschaftlichen Gerechtigkeit sowie der Solidarität der Kirchen angesichts des Ressourcenmangels. Die Kirchen müssten politisch werden, sagte Bosse-Huber. »Das Teilen ist eine Grundhaltung, die uns in einer Welt verbindet, die auseinanderfällt, weil jeder zusammenscharrt, was er bekommen kann.« Je größer die Ungleichverteilung in der Welt sei, desto unmöglicher werde es, Gesellschaften auf dem Fundament friedlicher Teilhabe zu bauen.

Der Zentralausschuss ist das höchste Leitungsgremium des Ökumenischen Rates der Kirchen. Er kommt etwa alle zwölf bis 18 Monate zusammen und leitet den Weltkirchenrat zwischen den Vollversammlungen. Die Tagung befasst sich insbesondere mit der Umsetzung der Vision von einer »Pilgerreise der Gerechtigkeit und des Friedens«, zu der der Weltkirchenrat bei seiner Vollversammlung im vergangenen Jahr im südkoreanischen Busan aufrief. *epd-Gespräch: Barbara Schneider*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 27\_2014 Seite \_5

## **Erster Weltkrieg Europas Protestanten für Schweigeminute**

**Kopenhagen** (epd). Europas Protestanten regen eine Schweigeminute zum Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren an. Angesichts der noch immer sprachlos machenden Dimension des damaligen Grauens könnte ein Moment des Schweigens ein angemessenes Zeichen des Erinnerns sein, heißt es in einer Erklärung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE), die am 23. Juni in Kopenhagen veröffentlicht wurde. »In ganz Europa - von Island bis zum Balkan, von St. Petersburg bis Lissabon, von Hammerfest bis Ankara - schweigen Leben und Arbeit am 1. August 2014 um 12 Uhr (MEZ) für eine Minute«, wird in dem Kirchenwort empfohlen.

Zu einem zentralen Gedenkgottesdienst aus Anlass des 100. Jahrestages des Kriegsbeginns laden die GEKE, die Union der Protestantischen Kirchen in Elsass und Lothringen und die Evangelische Kirche in Deutschland für den 3. August nach Gunsbach im Elsass ein. Unweit von Gunsbach ist am selben Tag ein Besuch des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck und des französischen Präsidenten François Hollande am Gedenkort Hartmannsweilerkopf vorgesehen.

In der GEKE sind 94 lutherische, methodistische, reformierte und unierte Kirchen aus mehr als 30 Ländern in Europa und Südamerika zusammengeschlossen. Der Dachverband vertritt rund 50 Millionen Protestanten.

## **EKD-Ratsvorsitzender Schneider: Militäreinsätze können Gewalt stoppen**

**Berlin/Düsseldorf** (epd). Für seine Äußerungen zum militärischen Engagement Deutschlands im Ausland bekommt Bundespräsident Joachim Gauck Rückenwind vom Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider. Mit Verweis auf seinen kürzlichen Besuch im Südsudan sagte Schneider am Donnerstag im RBB-Inforadio: »Wenn man die Lage in einem solchen Land erlebt, dann begreift man, dass es so etwas wie ein Wüten des Bösen und der Gewalt gibt.«

Es brauche in einer solchen Situation militärische Kraft, »um für einen Raum zu sorgen, in dem sich dann anderes entwickeln kann«, ergänzte der ehemalige Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland. Der oberste Repräsentant der deutschen Protestanten betonte, Militär könne keinen Frieden schaffen, aber dafür sorgen, dass die massiven gewalttätigen Auseinandersetzungen gestoppt würden. Dafür könne ein Einsatz von Militär gerechtfertigt sein. »Ich vermute, dass der Bundespräsident das so gemeint hat«, sagte Schneider.

Gauck hatte im Januar bei der Münchner Sicherheitskonferenz gefordert, Deutschland müsse mehr Verantwortung in der Welt übernehmen und hatte dabei militärisches Engagement ausdrücklich nicht ausgeschlossen. Als er diese Forderung kürzlich wiederholte, entbrannte eine Debatte über deutsche Militäreinsätze im Ausland. Anfang der Woche hatten sich zwei ostdeutsche Pfarrer, die sich wie Gauck in der der Friedensbewegung nahestehenden DDR-Opposition engagiert hatten, über die Aussagen empört.

## **Pfarrer kritisieren Gaucks Bundeswehr-Plädoyer**

**Berlin** (epd). Ostdeutsche Pfarrer haben das Plädoyer von Bundespräsident Joachim Gauck für Bundeswehreinätze im Ausland kritisiert. Nach Medienberichten vom 23. Juni werfen die Geistlichen Gauck in einem Protestbrief vor, sich von den Idealen der christlichen DDR-Friedensbewegung abzuwenden. Initiatoren sind der Ost-Berliner Pfarrer Klaus Galley und sein Kollege Siegfried Menthel.

Der Brief, aus dem die »Bild«-Zeitung zitierte, sollte ursprünglich zeitgleich mit der Übersendung an Gauck erst am 30. Juni veröffentlicht werden, sagte Menthel dem Evangelischen Pressedienst (epd). Er entschuldigte sich bei Gauck, dass der Brief vorab öffentlich geworden sei. Wer das Schreiben weitergegeben habe, könne er sich nicht erklären. Die Unterschriftensammlung soll bis Montag weitergehen.

In ihrer Kritik beziehen sich die Pfarrer auf das Abschlussdokument der Ökumenischen Versammlung der DDR-Kirchen von 1989. Darin heißt es: »Umkehr zum Frieden muss deshalb für uns heute die Mitwirkung an der Überwindung der Institution des Krieges einschließen.

Im Verzicht auf militärische Gewalt als Mittel der Politik sehen wir einen notwendigen Schritt zur Schaffung einer europäischen und weltweiten Friedensordnung.«

Besonderen Anstoß nehmen die Autoren an der Rede Gaucks auf der Münchner Sicherheitskonferenz, der sie »entschieden widersprechen«. »Mit dieser Rede verabschieden Sie sich aus dem Konsens von 1989 und empfehlen der Bundesrepublik als Bundespräsident eine andere Politik als die damals von uns geforderte.«

Wie wenig militärische Mittel geeignet seien, bestehende Konflikte zu lösen, zeige gerade der Bundeswehr-

Einsatz in Afghanistan: »Dessen vielen sinnlosen Opfern sind wir es schuldig, nicht die militärischen Kapazitäten unseres Landes zu verstärken, sondern den Zivilen Friedensdienst zum deutschen Exportschlager zu machen.«

Bei der Sicherheitskonferenz im Januar hatte Gauck eine Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik gefordert.

Deutschland müsse »bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr über Jahrzehnte von anderen gewährt wurde«. Deutschland werde zwar nie rein militärische Lösungen unterstützen, sagte Gauck. »Aber wenn schließlich der äußerste Fall diskutiert wird - der Einsatz der Bundeswehr - dann gilt: Deutschland darf weder aus Prinzip 'nein' noch reflexhaft 'ja' sagen.«

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 27\_2014 Seite \_6

## Militärbischof wirbt für Abkehr von deutschem Sonderweg



Sigurd Rink *epd-bild / Bauer*

**Frankfurt a.M.** (epd). In der Debatte um Militäreinsätze im Ausland rät der künftige evangelische Militärbischof Sigurd Rink, von einem deutschen Sonderweg wegzukommen. »Gerade angesichts seiner mitunter verheerenden Sonderrolle im vergangenen Jahrhundert muss Deutschland sich fragen lassen, wie es seine Verantwortung in der Europäischen Union und der Nato in internationalen Zusammenhängen am besten wahrnehmen kann«, sagte Rink dem Evangelischen Pressedienst (epd). Der Theologe gab allerdings zu bedenken, dass eine deutliche Mehrheit der Deutschen Zurückhaltung beim militärischen Engagement befürwortet. Diese Haltung resultiere auch aus den Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts, die viele Menschen bis heute prägten.

Rink wird Mitte Juli der erste hauptamtliche Militärbischof.

Seine Vorgänger waren zumeist Leitende Geistliche mit dem Nebenamt Militärbischof. Der 53-jährige Rink war zuletzt als Propst mit Sitz in Wiesbaden für die Kirchenregion Süd-Nassau zuständig, die 220 Kirchengemeinden mit rund 350.000 Protestanten umfasst.

Der Militärbischof mit Sitz in Berlin leitet die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr und hat die kirchliche Dienstaufsicht über die Militärpfarrer. Er wird vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland nach Zustimmung der Landeskirchen und in Einvernehmen mit der Bundesregierung ernannt.

Die Strukturreform der Bundeswehr ist Rink zufolge auch für die Militärseelsorge eine riesige Herausforderung.

Damit verknüpft seien durch Standortschließungen veränderte regionale Zuschnitte. »Da ist fast so etwas gefragt wie eine Betriebsseelsorge«, sagte Rink. Gegen eine Tendenz zur Isolation in der Sonderseelsorge empfiehlt er mehr Kontakte der örtlichen Kirchengemeinden zu den Bundeswehr-Standorten.

Die Verkleinerung der Bundeswehr sei auch mit einer Verringerung der Zahl der evangelischen Militärpfarrer verbunden, die jedoch moderat ausfalle. »Man geht von derzeit 104 auf künftig 95 Seelsorger aus.« Diese seien Ansprechpartner für rund 250.000 Menschen, neben Soldaten auch bestimmte zivile Mitarbeiter. Hinzu kämen die Familien der Soldaten: »Da wird mancher seine lieb gewordenen Vorurteile von den Militärseelsorgern, die im Fleckturn predigen, über Bord werfen müssen«, äußerte der Theologe. Er begrüßte den Vorstoß von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) zum Thema Bundeswehr und Familie. Damit habe die Ministerin ein wichtiges Signal gesetzt. »Die Soldaten verdienen gerade in familiären Dingen mehr Unterstützung«, ergänzte Rink. *epd-Gespräch: Rainer Clos*

**Badische Landeskirche:**

## **Zivile Konfliktlösungen stärker fördern**

**Karlsruhe/Bühl** (epd). In der Debatte über ein stärkeres Engagement Deutschlands in der internationalen Sicherheitspolitik warnen der badische evangelische Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh und Synodalpräsidentin Margit Fleckenstein davor, Konflikte zu schnell mit militärischen Mitteln lösen zu wollen. »Statt durch eine eigene militärische Option sollte Deutschland seine internationale Verantwortung so wahrnehmen, dass es auf allen Ebenen den Vorrang ziviler Konfliktlösungen massiv durch diplomatische, wissenschaftliche, finanzielle und persönliche Maßnahmen fördert«, sagten sie am 27. Juni in Karlsruhe. Als Beispiele nannte Landesbischof Cornelius-Bundschuh die Entwicklung von Maßnahmen zur Konfliktprävention, den Ausbau internationaler Organisationen oder den Aufbau eines Systems zur internationalen Waffen-Kontrolle. In den meisten Fällen habe militärisches Eingreifen, selbst wenn es von den UN verantwortet wurde, nicht zu einer gerechten, nachhaltigen und selbsttragenden Lösung geführt, kritisierte die Synodalpräsidentin.

Eine »klare Option für zivile, möglichst gewaltarme Formen der Konfliktbearbeitung« sei auch grundlegend für die friedensethische Neuorientierung, wie sie die badische Landeskirche in einem aktuellen Positionspapier unter der Überschrift »Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens« ausgeführt habe.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 27\_2014 Seite \_7

## **EKD-Ratsvorsitzender Schneider warnt vor Kriegslärm« Protestanten feiern mit Kanzlerin Johannisempfang in Berlin**



**Johannisempfang.** epd-bild / Andreas Schoelzel

**Berlin** (epd). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, hat dazu aufgefordert, Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Anlässlich zahlreicher Gedenktage in diesem Jahr sagte er am 25. Juni beim EKD-Johannisempfang, eine Gedenkkultur müsse immer auch eine »Kultur der Gewissensbildung« sein, wenn sie auf Zukunftsverantwortung ziele. Dabei warnte Schneider vor »Kriegslärm«, der dieser Tage die Welt erfülle.

»Noch immer und immer wieder neu suchen Menschen mit militärischer oder terroristischer Gewalt eigene Interessen durchzusetzen und Widerständiges zu unterdrücken«, sagte der oberste Repräsentant der evangelischen Christen in Deutschland. Schneider verwies auf den 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs, den 75. Jahrestag des Überfalls auf Polen sowie die friedliche Revolution vor 25 Jahren in der DDR und die vor 80 Jahren formulierte Barmer Theologische Erklärung als Protest gegen die Nazis. Diese vier Gedenktage, die in diesem Jahr begangen werden, machten deutlich, dass Gedenken Grenzen und Abgründe des Menschen wie auch seine Größe und seinen Mut in den Blick nehmen müsse, sagte Schneider. »Der Blick zurück bildet und stärkt menschliche Identität. Der Blick zurück hilft für den Weg nach vorn«, betonte der EKD-Ratsvorsitzende.

Mit Blick auf die Barmer Theologische Erklärung sagte Schneider, der Blick zurück solle das Gewissen und

die eigene Verantwortung schärfen. Dies gelte für die Frage, wo Christen heute gefordert seien, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen. Diese Frage müsse man sich angesichts politischer Herausforderungen stellen. Als Beispiel nannte der Theologe die Flüchtlingspolitik.

Die EKD feiert ihren Jahresempfang traditionell um den Johannistag (24. Juni) in Berlin. In diesem Jahr waren Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU), Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) sowie zahlreiche Spitzenvertreter aus der Politik gekommen. Unter ihnen waren auch der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und die Vorsitzende des Bundestags-Arbeitsausschusses, Kerstin Griese (SPD).

Auch zahlreiche weitere Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche sowie anderer Religionsgemeinschaften waren der Einladung des EKDBevollmächtigten in Berlin, Martin Dutzmann, zu dem Empfang gefolgt.

## **Gedenken**

### **Kongress über Ersten Weltkrieg und reformierte Welt**

**Siegen** (epd). Eine internationale Konferenz befasst sich vom 3. bis 5. Juli an der Universität Siegen mit dem Thema »Der Erste Weltkrieg und die reformierte Welt«. Neben Länderstudien über die Reformierten in kriegführenden und in neutralen Ländern gehe es um Einzelstudien über Personen, Organisationen, einzelne kirchliche Arbeitsfelder und deutsche Territorien, wie die deutsche Gesellschaft für die Geschichte des reformierten Protestantismus und die Universität Siegen als Veranstalter ankündigten.

Am 4. Juli hält der Militärbischof und Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Martin Dutzmann, in der Siegener Martinikirche einen öffentlichen Vortrag zu dem Thema »Krieg und Frieden zu Beginn des 21. Jahrhunderts«. Dutzmann war bis 2013 zudem Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche.

Im Nebenamt ist der Theologe seit 2008 EKD Militärbischof. Neuer hauptamtlicher EKD-Militärbischof wird der Wiesbadener Probst Sigurd Rink.